

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 8

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE UNGLEICHEN EUROWÄHLER

Die erste Direktwahl des Parlaments der Europäischen Gemeinschaft war in mancher Beziehung eine ungleiche Wahl. Über die verschiedenen Wahltermine dürfte mit Nachsicht auf teilweise religiös bedingte Gründe hinweggesehen werden, schon deshalb, weil damit kein Einfluss auf die Wahlergebnisse selbst verbunden waren: ein «Sonntagszwang» hätte sich indessen negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken können, die immerhin – über das schweizerische Mittelmaß hinaus – rund 60 Prozent betragen hatte! Anders verhält es sich jedoch bezüglich Wahlmodus und Wahlvorschriften, die auf eindruckliche Weise an den Tag gebracht haben, dass die EG-Bürger *keine gleichen Wahlrechte* geniessen.

Grossbritannien hat mit seiner Festklammerung am Majorzsystem wohl die grösste «Verzerrung» für die Wahlplattform geschaffen. Mag der Majorz aus traditionellen Bindungen für den Inselstaat noch schlechtwegs vertretbar sein – denn die «Harmonisierung» politischer und kultureller Traditionen erweist sich eher als negativer Bumerang der Integration – die Anwendung dieses Wahlmodus für die Europawahl ist unhaltbar. Dass eine «europäische» Fraktion infolge eines anachronistischen Wahlsystems rund zehn Parlamentssitze verliert – es handelt sich um die Liberalen – ist für demokratisch Gesinnte mehr als nur ein Dorn im Auge, und zwar völlig losgelöst von der Frage, um welche Particouleur es sich bei den qua lege «Aus-

gestossenen» handelt. Die riesigen Wahlkreise in Grossbritannien haben ebenfalls dafür gesorgt, dass die Labour-Party relativ schlechter abschneiden musste: ihre Parteigenossen konzentrieren sich vor allem in den grossen Agglomerationen, wo mit unnötigem «Überschuss» an Stimmen europäische sozialistische Abgeordnete gewählt wurden. Auf der anderen Seite konnte Frau Thatcher nach ihrem selbstbewusst gesteuerten Regierungstart ihre Parteigesinnten und Sympathisanten einer europafreundlicheren Politik nochmals an die Urne locken. Damit war der konservative Sieg perfekt. Die schlechte Wahlbeteiligung von nur 32 Prozent bleibt dabei als Dunkelchiffre zurück. Doch das Wahlsystem hat zu diesem Ergebnis entscheidend beigetragen, auch wenn der gestürzte Callaghan mit seiner These der Europa-Antipathie der Briten gegenüber der EG-Kommission nicht völlig unrecht haben dürfte. Immerhin: den Preis für das britische «System» und die britische Lethargie hat nun die gesamte sozialistische Fraktion des EG-Parlaments zu tragen, die von über 33 Prozent Anteil des «alten» Parlaments auf 27 Prozent im direkt gewählten zusammengeschrumpft ist.

Für Ungleichheiten sorgten allerdings auch die Bundesrepublik und Frankreich. Mag die Minderheitsklausel (5 Prozent) auf nationaler Ebene – zumal im Falle der BRD in traumatischer Erinnerung an Weimar – noch gewisses Verständnis erwecken, bedeu-

tete sie bei der Europawahl für die kleinen Parteien einen Affront. Millionen von Bürgern haben ihretwegen keine Abgeordnete in Strassburg. Politisch bedeutende Gruppen sind damit unter das Räderwerk der Partitokratie geraten und zu politischer Marginalität verurteilt. Beispielsweise hätten die Ökologen fünf bis sechs Parlamentssitze erringen können; zusammen mit den italienischen Radikalen und einigen «Unabhängigen» wäre selbst eine Fraktionsbildung offengestanden.

Das einzige südeuropäische Land – bis zu Griechenlands Beitritt im Januar 1981 – hat sich indessen vorbildlich «europäisch» verhalten: Zugang und «gleiche» Chancen für alle Parteien (z. B. ohne willkürliche Wahlgelddiskriminierungen), ein regionalisiertes Wahlsystem und höchste Wahlbeteiligung der Neunergemeinschaft. Italien hat in demokratischer Hinsicht Europa etwas zu bieten!

Fazit: die erste Direktwahl war ungleich, und zudem vertragswidrig. Im Römervertrag ist das «gleiche Wahlrecht» vorgesehen. (Rechtswidrigkeit liegt indessen nicht vor, weil die EG-Staats- und Regierungschefs das herrschende Wahlgesetz mit gesetzlicher Wirkung über den Vertrag hinaus verabschiedet hatten – und dies auch tun mussten, um nicht noch eine weitere Wahlverzögerung zu riskieren!) Hingegen dürfte das etwas zweifelhafte Verfahren vor allem diejenigen Staaten und Staatsmänner zur Selbstbesinnung aufrufen, welche bei Konflikten – insbesondere in der brisanten Diskussion um die Erweiterung der EG-Parlamentskompetenzen – «die Verträge und nichts als die Verträge» propagieren. Das EG-Parlament wird gut daran tun, dem Aufruf der europäi-

schen Föderalisten zu folgen, sofort ein «gleiches» Wahlgesetz für 1984 zu entwerfen, denn bis zum Kompromiss dürften wiederum einige Jahre verstreichen, was gewisse EG-Entscheidungsprozesse zur Genüge beweisen.

Sieg der Supranationalen?

Der französische Politikwissenschaftler Maurice Duverger vertrat die Auffassung, dass die Europawahlen einen «europäischen», das heisst: einen Sieg der Supranationalen gebracht hätten. Zu dieser Kategorie, respektive institutionell-föderalistischen Denkschule, rechnet er die Liberalen, die Christdemokraten und die Mehrzahl der Sozialisten.

In Prozentzahlen ausgedrückt könnte dies zutreffen, auch wenn im Vergleich zum letzten Parlament der Gesamtanteil dieser drei Fraktionen nicht gewachsen ist. Ohne Zweifel hat die «politische Mitte» gesiegt, und zwar mit «rechtem Flügelschlag»: die Konservativen stellen eine Fraktion von ehemals 9 auf über 15 Prozent der 410 Abgeordneten. Aus diesen Reihen rekrutieren sich die meisten überzeugten Nationalisten (also vorwiegend Briten). Hingegen mussten die «Progressiven Demokraten» – hauptsächlich die Gaullisten (besser: «Chiracisten») – kräftig zurückstecken, und zwar von 8,7 auf 5,6 Prozent. Immerhin schicken auch die Dänen von insgesamt 16 Parlamentariern allein fünf prononcierte EG-Gegner (davon ein Grönländer) nach Strassburg, beziehungsweise Luxemburg. Auch links aussen werden – wenn nicht gerade EG-Gegner – Anti-Supranationalisten sitzen, allen voran die französischen

Kommunisten. Allerdings dürften die italienischen Kommunisten, die unter Berlinguers Führung selbst für den Supranationalismus eintreten, innerhalb der Fraktion für etliche Opposition, vor allem also in institutionellen Belangen, sorgen.

Schon aus dieser kurzen Analyse wird ersichtlich, dass eine Aufteilung der EG-Parlamentarier in Supranationale und Nationalisten gemäss Fraktions- oder (noch schwieriger) Parteizugehörigkeit nur vage und nicht repräsentativ ist. Duverger stellte aber die interessante These auf, dass letztlich die Supranationalen selbst Europa verspielen werden, gemäss seiner Aussage «européistes contre l'Europe». Als Grund dafür gibt er die unterschiedliche Gesellschafts- und damit Wirtschaftsideologie an, welche die Supranationalen untereinander zersplittert: links von der Mitte sassen die Interventionisten, rechts davon diejenigen, welche noch am Mythos der freien Marktwirtschaft hingen. Als «homo politicus» bekennt damit Duverger Farbe, als Professor der Politologie versucht er damit seinen realtypologischen Ansatz zu begründen. Doch keine Regel ohne Ausnahme: auch Duverger muss den rechtsstehenden Gaullisten mit ihrem eher keynesianischen Ansatz der Wirtschaftspolitik interventionistische Züge zuschreiben, was in wirtschaftspolitischer Hinsicht die gesellschaftsideologisch Getrennten von «rechts» und «links von der Mitte» notgedrungen wieder zusammenbringt. Ohne den wissenschaftlichen Ansatz des französischen Politologen würdigen zu können, ist doch seine Feststellung von Tragweite, dass die «Supranationalen» untereinander uneinig sind, sobald es um konkrete

gesellschaftspolitische Fragen geht. Und um solche möge es hoffentlich im direkt gewählten Parlament gehen, falls die EG-Volkskammer vom Nimbus des blossen «Wanderzirkus» oder «Palaverghremiums» wegkommen will! Für Duverger sind die sozialdemokratischen, «links» stehenden Christlichen und sozialistisch-libertären Supranationalisten die Lokomotive, die anderen hingegen notwendigerweise die Bremse für ein föderalistisch-institutionalisiertes West-Europa. Seiner Logik folgend müssten die «puren» Marktwirtschaftler liniengetreu gegen die Institutionalisierung sein, es sei denn, es würde nur ein «Überbau» geschaffen, welcher der freien Marktwirtschaft (respektive den Oligopolen) ihr Aktionsfeld geographisch, wirtschaftlich und rechtlich absichere. Von linker Seite drohte dann aber der Drang nach bürokratischem Interventionismus. Keine Frage, dass weder die eine noch die andere Option einem Monnet, Schumann noch De Gasperi vorschwebte, als sie die Grundlagen für ein vereinigtes Europa schufen. Sind ihre Nachfolger heute Tindemans, Thorne und Simone Veil? Wenn ja, wird das Thema der Supranationalität vorerst der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Marschrichtung Westeuropas weichen müssen. Wahrscheinlich nicht zum Nachteil ihrer Bürger!

Dreigeteiltes – zweigeteiltes Europa ...

In der Hamburger «Zeit» war am Wahl-Wochenende selbst an die Leitartikelüberschrift «Die Qual der Europawahl» die Frage gekoppelt:

«Farce oder Fortschritt?» Ein polnischer Journalist, für einige Wochen zu Gast beim intellektuell-angesehenen, regierungsfreundlichen Wochenblatt, nahm seinerseits zu diesem Artikel Stellung und meinte nüchtern, die Europawahl stelle letztlich einen «wahren Triumph der Teilung Europas» dar. Man kann tatsächlich feststellen, dass der Ärger mancher europäischer Staaten und europäisch-gesinnter Denker gross ist, dass sich die EG, insbesondere seit der Direktwahl seines kompetenz- und blutarmen Parlaments, schlechthin mit «Europa» zu identifizieren beginnt, vor allem auch, weil drei weitere Beitritte (neben Griechenland, Spanien und Portugal) vor der Türe stehen. «Ihr könnt ja auch mitmachen», meint der selbstsichere EG-Europäer und spricht damit direkt die EFTA-Staaten und etwas dümmlich auch die Staaten des Ostblocks an.

In bezug auf die EFTA ist zumindest in handelspolitischen Belangen zusammen mit der EWG praktisch der «einheitliche Markt» perfekt, der rund 300 Millionen Konsumenten, und zwar «anspruchsvolle» Konsumenten, zu befriedigen hat. Nach Abschaffung der Zolltarife und Mengenbeschränkungen wird zügig an der Eliminierung anderer nicht-tarifarischer Handelsschranken gearbeitet, obwohl gerade auf diesem Bereich die Probleme viel schwieriger zu lösen sind. Von der institutionellen Seite her koexistieren vorderhand die unterschiedlichen Integrationsmodelle nebeneinander, und dies schadet Westeuropa wahrscheinlich nicht!

In bezug auf Osteuropa ist durch die Direktwahl als zagem Schritt in Richtung mehr Integration tatsächlich

die «europäische Spaltung» um eine weitere Stufe vorangerückt. Dies allerdings ist nicht die (alleinige) Schuld des Westens. Mag für ein ideologisch-politisches Gleichgewicht in Europa zum Beispiel die Spaltung Deutschlands manche Vorteile aufweisen, den übrigen osteuropäischen Staaten ist damit nicht gedient. Was die pan-europäische Vision eines Otto von Habsburg, CSU-Europaparlamentarier, anbelangt, mag diese bestimmt «ehrlich» und idealistisch in bezug auf ein vereintes Gesamteuropa sein. Ideologisch jedoch ist sie rückwärts-gewandt und für die (europäische) Zukunft unbrauchbar.

Die Völker Europas werden im nächsten Jahrzehnt in mancher Beziehung einander näher rücken müssen. Zum Beispiel stellt sich die energiepolitische Herausforderung für alle europäischen Staaten wenn nicht gleich, so doch «ähnlich».

Gewiss – das direkt gewählte EG-Parlament ist in dieser Optik und angesichts der bestehenden Spannungen und Gefahren sowie seiner geringen Kompetenzen eine «Farce». Auf der anderen Seite dennoch ein «Fortschritt»: immerhin haben die EG-Europäer, die sich in der Geschichte mehr bekämpft als umarmt haben, ein gemeinsames Parlament direkt gewählt. Vor rund 125 Jahren etwa wurde ein Victor Hugo, der so was ähnliches für die «europäische» Zukunft umrissen hatte, im französischen Parlament tüchtig verlacht. Die «Chiracisten» hatten wohl damals rund 99 Prozent. In Strassburg und Luxemburg sind es noch 5,6!

Hans Jörg Mettler

EIN JAPAN-SEMINAR IN ZÜRICH

Japan hat sich innerhalb eines Jahrhunderts zweimal vom Nullpunkt zur Grossmacht emporgearbeitet. Diese Leistung erntet jedoch keineswegs nur Bewunderung, sie ruft auch starker und in bezug auf die Aussenhandels-situation teilweise berechtigter Kritik. Die enormen Zahlungs- und Handelsbilanzüberschüsse Japans tragen dem Inselreich den Vorwurf einer protektionistischen Handelspolitik ein. Japan, das sowohl wirtschaftspolitisch wie auch aussenpolitisch ängstlich darauf bedacht ist, sich mit allen Ländern gut zu stellen, bemüht sich, diese Vorwürfe zu entkräften und seinen westlichen Handelspartnern den Einstieg in den begehrten japanischen Markt zu erleichtern.

Die Bemühungen zur Verbesserung der Beziehungen können aber nicht einseitig sein. Wenn Japan seinen Markt liberalisiert und bestehende Ungleichgewichte verringert, so hat sich der Westen seinerseits um den Abbau des Informationsdefizites zu bemühen, das zuungunsten Japans besteht. Es gilt, sich vermehrt mit den Gepflogenheiten und Ansprüchen, aber auch mit der Mentalität und der Sprache des Inselvolkes auseinanderzusetzen. Nur so kann die Chance der japanischen Öffnung voll genutzt werden.

Der Erreichung dieses Zieles diene ein zweitägiges internationales Journalistenseminar, das anfangs Juni in Zürich stattgefunden hat. Es wurde organisiert vom Japanischen Institut für soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Aus-landforschung sowie der Gesellschaft

zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft und stand unter der Leitung von Richard Reich, Direktor der Wirtschaftsförderung. Die Ausführungen der prominenten japanischen Referenten aus Wirtschaft, Politik und Kultur stiessen auf reges Interesse. Das Seminar war von Journalisten aus ganz Europa und teilweise auch aus Übersee sehr gut besucht. Es ermöglichte aufschlussreiche Einblicke in die Verhältnisse des heutigen Japans und in die zukünftige Gestaltung japanischer Wirtschaftspolitik, auch wenn die aus der bis anhin bekannten Verschlossenheit der Japaner resultierende Scheu, sich mit klaren Kenntnissen festzulegen, von den verschiedenen Rednern mit unterschiedlichem Erfolg überwunden wurde.

Von der Isolation zur grossen Öffnung

Die ersten Europäer kamen im 16. Jahrhundert als portugiesische Kaufleute und Jesuitenmissionare ins Land der aufgehenden Sonne. Sie brachten das Christentum mit. Wenig später nahm die 300 Jahre dauernde Herrschaft der Tokugawa-Familiendynastie ihren Anfang, die neben dem Kaiserhaus die tatsächliche Macht in Händen hielt. Der dritte Regent in dieser Kette rottete das Christentum vollständig aus und schloss das Reich hermetisch von der Aussenwelt ab. Während 220 Jahren durfte kein Japaner das Land verlassen, kein Fremder es betreten. Als einzige Ausnahme hatten Chinesen und Holländer die Erlaubnis, in Nagasaki anzulegen. Diese fast

totale Abkapselung lockerte sich erst 1853/54, als Japan durch das Erscheinen eines amerikanischen Geschwaders in seinen Gewässern von den USA zur Öffnung und zur Aufnahme von Handelsbeziehungen mit der neuen Welt gezwungen wurde.

Ein wichtiges Ereignis in der japanischen Geschichte und der eigentliche Ausgangspunkt zur Wandlung Japans in einen nach westlichem Muster gebildeten Industriestaat ist die Meiji-Restauration. 1868 legte der letzte Vertreter der Tokugawa-Periode die Macht in die Hände des offiziellen Herrschers zurück. Kaiser Meiji, der Grossvater des heute amtierenden, fast 80jährigen Monarchen, leitete die Öffnung und Modernisierung des Inselreiches ein. Mit einer ganz ausserordentlichen Fähigkeit zur Nachahmung und Adaption machte sich Japan die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften des Abendlandes zu eigen, erkämpfte sich die volle Gleichberechtigung gegenüber den anderen Mächten, wandelte die vorher absolute Monarchie in eine konstitutionelle Monarchie nach vorwiegend preussischem Muster und baute die stärkste Kriegsmacht Asiens auf.

Der Zweite Weltkrieg brachte Japan nach anfänglichen Erfolgen den grossen Rückschlag. Nach der bedingungslosen Kapitulation begann jedoch ebenso unauffällig wie stetig und rasch die erneute Wiedererstehung der japanischen Grossmacht. In einer erstaunlichen Symbiose von eigener Tradition und westlichem, jetzt vor allem amerikanischem Einfluss, zog Japan die konsequenten Folgerungen aus den geographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seines Landes.

Wirtschaftswunder trotz ungünstiger Vorzeichen

Der Aufstieg Japans zur heute zweitgrössten Industriemacht der Welt mit einem Bruttosozialprodukt, das grösser ist als dasjenige aller europäischen Industrienationen zusammen, ist den Japanern nicht in den Schoss gefallen. Dies machten die Ausführungen von Nihachiro Hanamura, Präsident des Japanischen Instituts für soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten, und von Massaya Miyoshi, Direktor des japanischen Industriespitzenverbandes Keidanren, deutlich. Japan ist weder landwirtschaftlich ein reiches Land, noch verfügt es über wesentliche Rohstoffe oder bedeutende eigene Energiequellen. Das Inselreich besteht zu 80 Prozent aus waldigem Gebirgsland. Die 114 Millionen Japaner, das sechstgrösste Volk der Welt, drängen sich in schmalen Küstenstreifen zusammen. Baumwolle, Wolle, Bauxit und Nickel müssen zu 100 Prozent eingeführt werden. Mais, Rohöl und Eisenerz stammen zu 99 Prozent aus dem Ausland. Nur 13 Prozent des Energiebedarfs können durch Eigenproduktion gedeckt werden.

Dennoch floriert Japans Wirtschaft. Seit dem Zweiten Weltkrieg und bis zum Ölschock im Jahre 1974 wies es mit durchschnittlich real 10 % weltweit die grösste Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes auf. Dann wurden die Zahlen kurz negativ, erholten sich aber rasch, und heute wird mit einem im Vergleich zur EG optimistischen BSP-Wachstum von 5–6 % gerechnet, sofern sich die Situation auf dem Ölmarkt nicht noch weiter verschärft. Der «Wirtschaftsgipfel» in Tokio kann hier Weichen stellen, so-

fern sich die sieben führenden Industrienationen zu einem koordinierten Verhalten gegenüber den OPEC-Staaten zusammenfinden.

Das Ausgleichen der vorerwähnten Schwächen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Japans ist einer der Gründe für das den Westen bedrückende industrielle Vorpreschen der Inselmacht. Aus der extrem starken Abhängigkeit auf dem Energiesektor resultiert ein hohes Aussenhandelsdefizit mit den OPEC-Staaten. Dazu kommen weitere massive Einfuhren an Rohstoffen. Um die Importe bezahlen zu können, ist Japan gezwungen zu exportieren. Es kann dies nur im Bereich der Fertigprodukte tun. Dass es dabei so ausserordentlich erfolgreich operieren konnte, liegt im Wesen und in der Mentalität der Japaner begründet.

Japans Stärke gründet im Charakter seines Volkes. Zunächst sind die Japaner aussergewöhnlich arbeitsam. Ihr Fleiss ist so gross, dass er dem Westen suspekt wird. Für Japan jedoch ist Fleiss nach wie vor eine unabdingbare Tugend. Wie in der Schweiz sind auch in Japan die Arbeitskraft und das technologische Know-how in Anbetracht des Fehlens natürlicher Ressourcen die unerlässlichen Stützen des Wohlstandes.

Zum zweiten sind die Japaner genügsam und massvoll. Obwohl ihre Stahlindustrie viel Energie verschlingt, konsumieren die Inselbewohner jährlich pro Kopf nicht einmal die Hälfte des vergleichbaren amerikanischen Ölverbrauches. Trotz der enormen industriellen Expansion blieb Japan zudem in wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zurückhaltender als die meisten seiner westlichen Vorbil-

der. Die Steuerbelastung des einzelnen und die sozialpolitischen Belastungen der Wirtschaft werden in engen Grenzen gehalten. Das Lohnniveau hingegen hat sich westlichen Massstäben angenähert. Die Stundenlöhne entsprechen den Ansätzen in den USA und in der BRD. Das Prokopf-Einkommen beträgt 8700 Dollar und lässt sich im internationalen Vergleich durchaus sehen.

Als drittes fügt sich der Japaner willig in eine Gemeinschaft ein und vermag seine persönlichen Interessen dem übergeordneten Kollektiv unterzuordnen. Diese Haltung hat einen entscheidenden Einfluss auf die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, die in Japan nicht im Zeichen der Konfrontation, sondern der Mitverantwortung stehen.

Sozialpartnerschaft auf japanisch

Bevor westliche Gepflogenheiten die japanische Lebensweise beeinflussten und bevor so viele Japaner in den im Verkehr ertrinkenden Städten enge Wohnungen bezogen, hatte die Grossfamilie in Japan eine zentrale Stellung. Der Japaner ist kein Individualist, sondern lebt gerne in Gruppen und braucht die Geborgenheit einer Gemeinschaft. Daraus resultieren im wirtschaftlichen Leben zwei interessante Erscheinungen. Nur wenige Arbeitnehmer organisieren sich in nationalen Gewerkschaften nach europäischem Muster. Der Grossteil der Lohnempfänger ist in Unternehmensgewerkschaften vereinigt, von denen über 50 000 zu verzeichnen sind. Die Bedeutung eines Ersatzes für die verschwindende Grossfamilie, welche das Unternehmen erlangt hat, zeigt sich

auch darin, dass der Arbeitnehmer seiner Firma in der Regel unverbrüchliche Treue hält. Die Loyalität dem Arbeitgeber gegenüber lohnt dieser seinerseits mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes, der praktisch kaum gekündigt werden kann. Die Auswahl der Arbeitskräfte erfolgt zwar selektiv, aber ein einmal beschlossenes Arbeitsverhältnis hat lebenslangen Charakter.

Dies hat nebst der offiziellen Arbeitslosenquote von knapp 2 Prozent eine grosse Zahl von versteckten Arbeitslosen zur Folge. Viele Arbeitnehmer werden auch bei mangelhafter Auslastung des Unternehmens weiterhin beschäftigt. Der japanische Werktätige dankt diese Geborgenheit mit einem enormen Arbeitseinsatz. Dies ist insofern bemerkenswert und nicht selbstverständlich, als Japan keinen Leistungslohn kennt. Die Höhe der Entschädigung richtet sich in erster Linie nach der Zahl der Dienstjahre, weil nach japanischer Auffassung die Leistung des Einzelnen weniger zählt als die Leistung der Gemeinschaft.

Die Frau in der japanischen Männerwelt

Nicht unbestritten blieben im Kreise der japanischen Gastreferenten die Ausführungen der bekannten Essayistin Frau Tomoku Inukai, die sich kritisch mit der japanischen Gesellschaft im allgemeinen und mit der Stellung der japanischen Frau im besonderen auseinandersetzte.

Die japanische Gesellschaft ist eine Männergesellschaft, geprägt und dominiert durch die heute rund 50jährigen Männer, denen der beeindruckende Wiederaufbau des kriegszerstörten Japans zu verdanken ist. Sie sind cha-

rakterisiert durch ihren bedingungslosen Einsatz für ihre Arbeit zulasten ihrer Familien. Die spärliche Freizeit verbringen sie im Kreise ihrer Arbeitskollegen, denen ihre Aufmerksamkeit mehr gilt als der eigenen Frau. Das Unternehmen ist für sie nicht notwendiger Brotkorb, sondern Objekt lebenslanger Hingabe. Ihr sprachlicher Ausdruck ist knapp. Sie betrachten es als Vorzug des Japanischen, die Sprache der ungesagten Wörter zu sein und wundern sich, ausserhalb ihres Landes nicht verstanden zu werden.

Die nach Frau Inukai notwendige Korrektur in Richtung einer vermehrten Zuwendung zur Familie, einer Aufwertung der Freizeit, einer verminderten Identifikation mit der Arbeit und dem Unternehmen, einer Förderung der Individualität und einer grösseren Kommunikationsbereitschaft ist im Gange und geht einerseits von der jungen Generation und andererseits vor allem von den Frauen aus, die ihre in Japan stark einseitige Rolle als Erzieherin der Kinder und Gestalterin des Hauses nicht mehr akzeptieren.

In der Tat war die japanische Frau bis zum Zweiten Weltkrieg rechtlich benachteiligt. Sie hatte kein Stimmrecht – was uns Schweizer allerdings nicht so ganz fremd berührt –, die Universitäten waren ihr verschlossen, sie durfte kein Vermögen erben und sich nicht scheiden lassen. Vielleicht kommt es daher, dass Japan heute auch bei steigenden Scheidungsquoten im internationalen Vergleich gesehen noch immer über beneidenswert intakte Familienverhältnisse zu verfügen scheint.

Unter amerikanischem Einfluss wurden die Rechte der Frau denjeni-

gen des Mannes angepasst, und ihre ausschliessliche Beschränkung auf häusliche Arbeiten hat sich rapide geändert. Heute machen die Frauen mit 12,8 Mio Arbeitnehmerinnen einen Drittel aller Berufstätigen aus. Bei ihrem Ausscheiden würde die japanische Wirtschaft darniederliegen. Dennoch finden sich in den höheren Positionen des Wirtschaftslebens kaum Frauen. Ebenso stellen sie in den grossen Unternehmungen nur einen Viertel der Belegschaft, was insofern bedeutsam ist, als die Lohnunterschiede zwischen den Grossunternehmen und den mittleren und kleinen Betrieben stark ins Gewicht fallen. Frauen geniessen in Japan auch nicht den praktisch lebenslangen Schutz des Arbeitsplatzes, wie dieser den männlichen Arbeitnehmern zusteht. Im kulturellen Sektor hingegen sind Frauen häufig anzutreffen und spielen von hier aus eine soziale Rolle im Sinne einer Gegenkultur.

Schwieriger Markt für westliche Industrienationen

Es gibt verschiedene Gründe für die Schwierigkeiten der westlichen Exporteure, in Japan Fuss zu fassen. Ein erster sind die viel kritisierten Importrestriktionen. Das Symposium in Zürich machte deutlich, dass deren Abbau von Seiten Japans ernst genommen wird. Dabei ist anzumerken, dass Japan nicht das einzige Industrieland ist, das seine eigene Produktion mit Einfuhrbeschränkungen schützt. Es gibt westliche Handelspartner, beispielsweise Frankreich und Deutschland, die zahlenmässig über deutlich mehr Restriktionen verfügen.

Ein zweiter und wohl wichtigerer

Grund liegt darin, dass Japan bestens in der Lage ist, die Bedürfnisse seines Binnenmarktes mit eigenen Produkten marktgerecht und preiswert abzudecken. Das geht schon daraus hervor, dass Japan keineswegs so stark vom Aussenhandel abhängig ist, wie die Zahlungs- und Handelsbilanzüberschüsse dies vermuten liessen. Die Güterexporte machen nur 12 % des Bruttosozialproduktes aus. In der Schweiz sind es 24 und in der BRD 28 Prozent.

Es stellt sich also die Frage, warum der Westen mit den japanischen Produkten auf Japans Binnenmarkt nicht konkurrenzieren kann. Dazu stellten die Referenten fest, dass es ein Trugschluss sei zu glauben, man könne den japanischen Markt im Handumdrehen erobern. Japan habe auch 20 Jahre benötigt, um im europäischen Markt Fuss zu fassen. Was den westlichen Exporteuren mangle, sei die in Japan gross geschriebene Tugend der Geduld. Es sei notwendig, die japanische Mentalität, den Geschmack und die (hohen) Qualitätsansprüche des japanischen Konsumenten zu studieren und zu testen, um die soziokulturellen Barrieren, die sich dem westlichen Exporteur entgegenstellen, zu überwinden. So wird es gelingen, für den japanischen Markt attraktive Produkte anzubieten, für die in einer langfristigen Strategie der richtige Marketingkanal gesucht werden muss. Die sprachlichen Schwierigkeiten sollten dabei nicht unterschätzt werden. Es klang Bedauern darüber an, dass sich die westlichen Handelspartner nicht vermehrt bemühten, japanisch sprechende Kaufleute an die Front zu schicken.

Mit Genugtuung darf festgestellt werden, dass die schweizerischen Exporteure diesen Ratschlägen bereits

mit Erfolg nachleben. Mit Ausnahme der OPEC-Staaten ist die Schweiz der einzige Handelspartner Japans, der mehr nach Japan exportiert als von dort importiert.

Japans Beitrag zum Abbau der Ungleichgewichte

Japan ist sich bewusst, mit seinem florierenden Handel in den westlichen Industrienationen ökonomische Probleme verursacht zu haben, und anerkennt die Notwendigkeit, diese abzubauen. Nach den Ausführungen des früheren Aussenministers, Toshio Kimura, will sich Japan auf keinem Sektor in eine Leaderrolle drängen lassen, auch wenn die Gründe für diese Zurückhaltung nicht klar einzusehen sind. Dieser Haltung entspricht auch das Konzept der Aussenpolitik, wo Japan sich im Beziehungsnetz USA - Sowjetunion - China integrieren will, um nicht zu einem weiteren Pol in diesem Kräfteparallelogramm zu werden.

Wirtschaftspolitisch fasst Japan nebst der erwähnten weiteren Liberalisierung des Marktes auch gewisse Umstrukturierungen seiner Wirtschaft ins Auge. Der Binnenmarkt soll noch vermehrt aktiviert werden. Es besteht ein Nachholbedarf bei der Schaffung einer verbesserten Lebensqualität, welche unter der raschen und intensiven Verstädterung gelitten hat, was zu gesellschaftspolitischen Problemen führt. Das Verteilungssystem soll zum Nutzen der japanischen Konsumenten modernisiert und die Einfuhr westlicher Fertigprodukte gestützt werden.

Dass die Beteuerungen Japans, die Ungleichgewichte zu beseitigen, nicht nur verbaler Natur sind, beweist die neueste Entwicklung des Handels- und

Zahlungsverkehrs, der sich wesentlich ausgeglichener zeigt. Im Fiskaljahr 1977/78 wies die Ertragsbilanz noch einen Aktivsaldo von 12 Mia Dollar aus. Seither haben sich die Überschüsse laufend verringert, und es sind sogar leichte Defizite zu verzeichnen, obwohl der Handel mit den USA und mit der EG noch immer beträchtliche Überschüsse zeitigt (je 1,3 Mia Dollar im ersten Quartal 1979).

Japan ist überzeugt, dass für die Verbesserung der Handelsbeziehungen eine Verbesserung des Informationsstandes im Westen sowie eine Vertiefung und Ausweitung persönlicher Kontakte unerlässlich sind. Europa ist über das Land der aufgehenden Sonne sehr viel weniger gut informiert, als dies umgekehrt der Fall ist. Viel mehr japanische Studenten bevölkern unsere Universitäten, als Weisse an den Hochschulen des Inselreiches zu finden sind. Das gleiche Verhältnis besteht auch beim Tourismus. Der japanische Markt ist ferner gut dotiert mit übersetzter westlicher Literatur. Dagegen sind die aus dem Japanischen in westliche Sprachen übertragenen Bücher und Fachschriften noch immer rar. Dabei sind wir längst an dem Punkt angelangt, an dem die «alten» Industrienationen vom jungen, dynamischen Japan in verschiedener Hinsicht und nicht zuletzt auch auf technischem Gebiet allerhand lernen könnten. Japan will seinerseits versuchen, mit marktgängigen Informationen, die auf den richtigen Kanälen angeboten werden, das Seine zum Abbau des Informationsdefizites beizutragen.

Einen handfesten Vorschlag für den Brückenschlag zwischen Ost und West unterbreitete Yoshizo Ikeda, Präsident von Mitsui & Co., der grössten

Handelsgesellschaft Japans. Seit 1956 verfügt Japan über ein Ausstellungsschiff, mit welchem es zwecks Vorführung seiner Produkte in der Zwischenzeit 130 Häfen angelaufen hat. Japan hat Amerika angeboten, dieses Messeschiff ebenfalls zu benützen. Amerika hat die Offerte angenommen und wird mit der Ausstellung seiner Erzeugnisse 13 japanische Häfen anlaufen, wobei eine halbe Million Be-

sucher erwartet werden. Europa wird ermuntert, sich mit der Idee einer schwimmenden Handelsmesse ebenfalls zu befreunden. Die in Japan notwendigen Kontakte würden gerne vermittelt. Es liegt an uns, diesen Vorschlag aufzugreifen und die allgemeine wirtschaftliche Herausforderung durch Japan anzunehmen.

Verena Spoerry

DIE AUSSIEDLUNG DER DEUTSCHBÖHMEN

Es gibt Zufälle, bei denen man sich etwas ratlos fragt, ob nicht am Ende doch ein unsichtbarer Regisseur die Fäden in der Hand halte und man selbst eine Art Marionette in seinen Händen ist. Als ich in der vergangenen Woche nach Paris flog, hatte ich als Reiselektüre u. a. eine Hundertseitenbroschüre dabei: «30 Jahre nach der Vertreibung – Materialien aus einem Theologengespräch.» Da rollte noch einmal in der Erinnerung ab, was sich nach 1945 ereignet hatte: 14 Millionen Ostdeutsche auf der Flucht und vertrieben in ein zerstörtes Restdeutschland. In Paris traf ich ungeplant Pavel Tigrid, den Herausgeber der tschechoslowakischen Exilzeitschrift «Svedectví», was man mit «Zeugenschaft» übersetzen könnte. Er wies mich auf das jüngste Heft hin und einen Beitrag, Tezy o vysídlení československých Němců, Thesen zur Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen aus der Feder eines slowakischen Historikers, der sich hinter dem Humanistenpseudonym Danubius verbirgt. Am Nachmittag beim nach Paris emigrierten rumänischen Philosophen E.

M. Cioran schenkte er mir eine Essayammlung aus dem Jahre 1956, die zu seinem grossen Kummer keinen deutschen Verleger gefunden hat, obwohl er sie für eines seiner besten Bücher hält: *La Tentation d'exister*, worin u. a. auch ein Beitrag mit dem Titel «*Avantages de l'exil*» stand. Auf dreifache Weise wurde ich so mit einem Thema neu konfrontiert, das dem Zwanzigjährigen am Ende des Zweiten Weltkriegs die Existenz, den Charakter, das Denken stärker geprägt hatten als irgendetwas anderes.

Das Ganze hat in meiner Erinnerung etwas von antiker Schicksalstragödie gewonnen. Nie werde ich den Prager Juden vergessen, der die Schrecken des Konzentrationslagers Theresienstadt überlebt hatte und mit mir einem Transport von Deutschen aus Pilsen in Richtung «heim ins Reich» – wie man die Geschlagenen verhöhnste – nachschaute. «Nun machen sie die neuen Fehler, und aus diesen Fehlern wächst der neue Krieg», sagte er resigniert und mitfühlend. Auch den fränkischen Kaufmann, der mich für ein paar Tage auf-

nahm, höre ich noch sagen: «Das ist schon furchtbar, aber die Sudetendeutschen haben doch wohl mehr Schuld als wir, sonst hätte sie solches Schicksal nicht getroffen.» Und meine mater hospitalis in München, eine Studienrätin, zu einer Freundin – mich charakterisierend: «Er ist zwar aus Ostelbien, aber doch ein ganz anständiger Mensch.» Heute klingt das komisch, damals hat es manchem sehr weh getan.

Dreissig Jahre nach der Vertreibung. Damals – 1949 – erschien im Edmund Gans-Verlag, Gräfelfing bei München, die Studie eines deutschböhmischen Soziologen – Eugen Lemberg – «Die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe». Es ist noch heute eines der bewegenden Dokumente jener Zeit. Es gehörte angesichts der Rucksackideologie vieler fanatisierter Vertriebenenpolitiker zur Gegenantwort, die Hoffnung auf baldige Rückkehr als Selbsttäuschung zu bezeichnen. Lemberg, einem der sachlichsten und nüchternsten Kenner der ostmitteleuropäischen Geschichte und ihrer Nationalitätenprobleme, ging es in dieser Moralpostille darum, dem Leid, das mit dem Heimatverlust verbunden war, nachträglich einen Sinn zu geben, aus dem Schicksal eine Aufgabe zu machen. Er verwies nicht nur auf jenen «Ackermann aus Böhmen», der in seinem Streitgespräch mit dem Tod, der ihm die Frau genommen hatte, sich letztlich in den unergründlichen Willen Gottes einliess, er wollte auch, dass eine uneigennützig Vertiefung des Heimatbegriffes es für die Zukunft unmöglich machen sollte, dass kollektive Vertreibungen aus Gründen von Volks- und Sprachzugehörigkeit eben-

so geächtet werden wie jene aus Gründen des Glaubens und der Religion.

Wir wissen, dass diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben – im Nahen Osten, in Algerien, in Vietnam, von jenen Deportationen zu schweigen, die einen Archipel Gulag und andere Stätten der Grausamkeit bevölkern. Wir wissen allerdings auch, dass die Weltgeschichte nicht nur ein Weltgericht ist, sondern auch eine moralische Instanz für das Weltgewissen.

So ist in dem kleinen Buch, von dem wir ausgingen, jenem Theologengespräch «30 Jahre nach der Vertreibung» der Heimatbegriff unsentimental diskutiert, was schon dadurch leichter möglich ist, weil nach drei Jahrzehnten die neue Heimat aus einem Schlagwort zur Realität geworden ist. Kaum einer möchte zurückkehren, unabhängig selbst von den politischen Zuständen in diesen ehemals deutschen Gebieten. Die Frage, ob der Mensch Heimat braucht, ist davon nicht berührt. Jean Améry, der am Schluss am Leben Verzweifelte, schrieb einmal: «Es altert sich schwer im Exil. Der Mensch braucht Heimat.» Das gilt wohl für den Menschen, seit er sich vom Jäger und Sammler zum Bauern, vom Nomaden zum Sesshaften entwickelt hat. Vielleicht kann er einen neuen Schritt tun zu einer bewussten Heimatlosigkeit, doch wird er zunächst wohl nur wenigen möglich sein. Wir kommen darauf noch zu sprechen.

Das Heimatrecht als Naturrecht war in den fünfziger Jahren ein heiss umstrittenes Thema in den Vertriebenenverbänden, bei den Landsmannschaften, aber auch als Randproblem der Rechtsphilosophie. Bei den Hei-

matvertriebenen war es naheliegend und verständlich. Das Recht auf die angestammte Heimat sollte ebenso unaufhebbar sein von anderen Mächten wie das Recht auf Leben, das man nur durch den zum Sprichwort gewordenen Naturrechtsgrundsatz «Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu» verwirken konnte. Sozusagen ein Recht, das mit uns geboren ist. Jene Zeit war für solche Gedanken ungünstig. Der damals herrschende Rechtspositivismus sah in allem Naturrechtsdenken schieren Aberglauben, und der Grossmeister der Zunft Hans Kelsen nannte ohne Spott die «Natur des Naturrechts göttliche Natur». Umgekehrt fand man heraus, dass das Heimatrecht in Württemberg, Österreich, der Schweiz auch als positives Recht bekannt war, nämlich dem Recht des Menschen, bei Bedürftigkeit letzte Zuflucht in seiner Heimatgemeinde zu finden.

In dem Theologengespräch «30 Jahre nach der Vertreibung» nimmt das Thema einen bescheidenen Raum ein, und es wird mehr im Hinblick auf die Flüchtlinge in Biafra, Bangladesh und Vietnam erörtert als in bezug auf die deutschen Heimatvertriebenen.

Aber auch ein anderes Thema der fünfziger Jahre hat eine andere Beleuchtung erfahren. Es war die «Pflicht zur Heimat», die unverzichtbare Heimat und die Formel «Aus Unrecht kann nie Recht werden». Diese von deutschen Staatsmännern und Politikern – keineswegs nur Vertriebenenpolitikern – unzählig oft wiederholten Begriffe wurden in Polen und in der Tschechoslowakei auf die Formel des «deutschen Revanchismus» gebracht, schürten den Kalten

Krieg, die Deutschenangst und den Deutschenhass bei unseren östlichen Nachbarn. Selbst in den kirchlichen Kreisen der von der Roten Armee eroberten Länder war es nur die einsame Stimme des ungarischen Primas Kardinal Minszenty, die sich gegen die Kollektivschuldthese der Deutschen und die damit begründete Ausweisung erhob. Gewiss hatten die Kirchen in ihrer neuen entmachteten Lage auch keine sehr wirkungsvollen Möglichkeiten, schon eher eine moralische Pflicht zu reden. Umgekehrt schürte wohl auch mancher deutsche und amerikanische Priester das Feuer, das in vielen verwirrten Herzen der Heimat- und Rechtlosen brannte.

Wenn ich hier die Namen zweier tschechischer Publizisten nenne, so als Zeichen, dass es auch in nationalen Wirren wie damals besonnene und mutige Männer gibt, die sich dem allgemeinen Schrei nach Rache und Vergeltung unter persönlicher Gefahr entgegenstellen: Jan Peroutka, der Humanist und Freund des ersten tschechoslowakischen Präsidenten und Philosophen Tomas Guarrigue Masaryk, Pavel Tigrid, ein damals noch keine dreissig Jahre alter christdemokratischer Politiker und Publizist. Dass sie ihr Weg später zwangsläufig ins Exil führte, war nicht zuletzt die Folge ihres unpopulären Eintretens gegen eine unterschiedslose Vertreibung aller Deutschen, ob sie Kleinbauer oder Hilfsarbeiter, Antifaschist oder Sozialdemokrat, ja selbst Kommunist waren.

Der Weg der Versöhnung, vor allem der deutsch-polnischen, ging dann in den sechziger Jahren über die Kirchen. Es war vor allem der Brief des polnischen an den deutschen

Episkopat, der mit dem Satz: «Wir vergeben und bitten um Vergebung», dem gegenseitigen einseitigen Schuldvorwurf ein Ende setzte und uns – wie Heidegger es einmal ausdrückte – in «befreiender Fürsorge vorausgesprungen» ist. Gewiss finden wir in dem eben erschienenen deutschen Theologengespräch auch den Satz von der ruhigen Vertretung des Rechtes der Vertriebenen auf ihre angestammte Heimat, doch er wird im Nebensatz ergänzt: «auch wenn eine Rückkehr dorthin nicht möglich ist». Wer daraus ein Recht-haben-Wollen wider allen Sinn sieht, erkennt die friedensstiftende Kraft eines Rechtes, das zugleich mit dem Verzicht auf seine Durchsetzung verbunden sein kann.

*

Das Gespräch zwischen den Deutschen aus den böhmischen Ländern und den Tschechen und Slowaken schien in einem Frühling vor mehr als zehn Jahren aufzublühen, bis ein plötzlicher Frost die jungen Blüten absterben liess. Was in der eben erschienenen Nummer 57 der in Paris erscheinenden tschechisch-slowakischen Zeitschrift «Svedectvi» ein in Bratislava lebender Historiker, der sich hinter dem Namen «Danubius» versteckt, ja leider wohl verstecken muss, schreibt, ist der bitterste Nekrolog auf die sinnlose Zerstörung einer übernationalen Lebensgemeinschaft, wie sie im Herzen Europas, zumal in Prag, der Dreivölkerstadt von Tschechen, Deutschen und Juden, die wunderlichsten und wundersamsten Blüten europäischer Kultur in der ersten Jahrhunderthälfte hervorgebracht hat.

Danubius, der «Donaumann» –

wie auch wir ihn nennen wollen –, verfolgt noch einmal den Weg zurück, der nach Errichtung des Protektorats «Böhmen-Mähren» durch Hitler im März 1939 seinen Ausgang nahm. Er zeigt den aus Hass geborenen Plan des im Londoner Exil lebenden tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Benesch, jeden vierten Bewohner des Landes – neben den Deutschen auch die Ungarn – durch Aberkennung der Staatsbürgerschaft staatenlos zu machen, das unbewegliche Eigentum zu konfiszieren, das Heimatrecht zu nehmen und sie dann mit 30 kg über die Grenzen «heim ins Reich» zu schicken. Danubius erinnert auch an die Mentalität des melancholischen Cholerikers Winston Churchill und dessen bösen Ausspruch: «Ein guter Deutscher – ein toter Deutscher», an den vor allem durch Hitlers Juden- ausrottung zum Krieg entschlossenen Franklin Delano Roosevelt und seinen Berater Morgenthau, vor allem aber an Stalin. Es ist nicht neu, wie Benesch zwischen London, Moskau und Washington hin- und herreiste, jedem vorgaukelnd, die anderen hätten bereits in den Plan des Transfers – wie man die Vertreibung als ein technisches Problem verfremdete und enthumanisierte – eingewilligt, neu hingegen sind die Konklusionen des Artikels des slowakischen Historikers. Er fasst sie in vier Punkten zusammen.

Der erste ist geopolitischer Natur. Tschechen und Slowaken leben als kleine Nationen zwischen zwei grossen, den Deutschen und den Russen. Die Karpatoukraine, die bis 1945 zur Tschechoslowakei gehörte und dann an die Sowjetunion abgetreten werden musste, war eine Art Pufferzone nach dem Osten. Die deutsch bevölkerten

Randgebiete der böhmischen Länder waren eine ähnliche gegenüber dem westlichen Nachbarn. Durch die Aus-siedlung der Deutschen wurde das Gleichgewicht, die Balance zwischen West und Ost, aufgehoben, einseitig und auf Gedeih und Verderb zugunsten des östlichen Nachbarn. Danubius hebt übrigens ausdrücklich hervor, dass die Deutschen der Tschechoslowakei in Hitlers Machtpolitik missbrauchte Marionetten und weit mehr Opfer als Akteure der Zerstörung des Staates waren.

Der zweite Punkt ist moralischer Natur und deshalb in unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung. Die Brutalität des Transfers, die bisher fast völlig bagatellisiert wurde (wie er wörtlich sagt), hat im Volk zur Zerstörung des Ehrgefühls, des Wertsystems und der zivilisatorischen Grundlagen geführt. Dieser Verlust kam – ich zitiere – «aus der Nichtachtung und Nichtrespektierung der Rechte der menschlichen Person, ... die im Menschen den Menschen zu sehen hat». Und weiter wörtlich: «Gegenüber den tschechoslowakischen Deutschen konnte sich nach dem Mai 1945 jeder herausnehmen, was er wollte: er war darin nicht beschränkt, es wurde alles gestützt und geschützt von der staatlichen Macht». Die Geschichte aber – so meint er – hat schon wenige Jahre später der Nation für jene Verbrechen in der Stunde des Sieges ihre Lektion erteilt, indem sie all dies gegen die Nation umkehrte. Mit faschistischen Methoden hätte ein Sieger nicht dem Besiegten antworten dürfen. Und wieder wörtlich: «Aus der Praxis der permanenten Gewalt festigte sich die kommunistische Macht.»

Der dritte Punkt ist fast nur eine Ergänzung des moralischen Aspekts von der materiellen Seite her. Das gesamte deutsche Eigentum war durch ein einziges Dekret des Präsidenten konfisziert worden. Und Danubius beschreibt nun das legalisierte Plündern dieses Eigentums durch die sogenannten «zlatokopci», die «Goldgräber», die ins Grenzgebiet fuhren und mitnahmen, was ihnen gefiel. Er sieht auch hier weniger die sinnlose Zerstörung von materiellen Werten, wie sie in Nachkriegseuphorien, Revolutions- und Pseudorevolutionsphasen immer wieder zu finden ist, sondern die fatale moralische Folge, dass die Nichtrespektierung fremden persönlichen Eigentums der Nährboden für einen Kommunismus wurde, der korrumpierten Massen eine scheinbare Entschuldigung für ihr Handeln lieferte. «Wie man mit den Deutschen als Volk umgehen durfte, so auch mit ihrem Eigentum» – endet diese harte Kritik.

Im vierten und letzten Punkt erinnert er an die wirtschaftlichen Folgen, an denen der Staat noch heute leidet.

Hier mag es erlaubt sein, eine persönliche Erinnerung einzuschieben. Als ich im Winter 1945/46 an der Münchner Universität – Erstsemester, der ich war – die Vorlesung «Einführung in die allgemeine Volkswirtschaftslehre» hörte, war ich trotz meines jugendlich unbefangenen und das Überleben wichtiger als die Vertreibung nehmenden Flüchtlingsstatus doch tief beeindruckt, als uns Adolf Weber, der Nestor der Nationalökonomie, in seiner klarsichtigen und ideologisch unbestechlichen, bisweilen wohl rhetorisch bestechenden Art er-

klärte, wie glücklich die Deutschen in Bayern noch einmal über ihre neuen Mitbürger aus dem Osten sein würden, wieviele hochqualifizierte Arbeiter da ankämen, wieviele neue Industrien sie in dem sonst unscheinbaren Gepäck mitbrächten, wieviel Energien des Überlebenwollens, wieviel mitreissenden Mut zum Neuanfang. Die Arbeitskraft und die aus ihr wachsende Phantasie sei heute wichtiger als die anderen Produktionsfaktoren: Kapital und Boden. Über-Bevölkerung sei ein sehr relativer Begriff, Unter-Bevölkerung berge oft die grössere Not in sich, die uns die Ostdeutschen schickten, wüssten gar nicht, wie dankbar wir ihnen dafür sind. Das klang überspitzt, fast demagogisch, obwohl es auch dem Erstsemestler einleuchtete, der an die von den Arbeitern und Bauern verlassenen Fabriken und Höfe daheim in Böhmen dachte.

Wenn wir heute bei Danubius lesen: «Die Folge des Transfers war die Vernichtung gewaltiger ertragreicher Werte auf dem Gebiet des tschechoslowakischen Staates. Vernichtet wur-

den ganze Exportzweige der Leichtindustrie, die ihren Hauptstützpunkt im nordböhmischen industriellen Grenzgebiet hatten: Glas, Porzellan, Keramik, Bijouterie und anderes. Tausende Hektar landwirtschaftlichen Bodens verkamen, sei es als Militärzone oder weil sich keiner darum kümmerte.»

Mit einem der härtesten Sätze schliesst dieser Punkt: «Der Besucher der Tschechoslowakei, der über die Grenzen Bayerns oder Österreichs eine Zivilisationslandschaft verlässt, betritt einen anderen Zivilisationsstreifen, eine andere Zivilisation, so als käme er nach Asien.»

Dieser Vergleich ist wohl etwas von einer Liebe zum Selbsthass bestimmt. So will ich deshalb eine Nachbemerkung des anonymen Verfassers abschliessend zitieren: «Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ist nicht nur eine deutsche Tragödie, sondern auch eine Tragödie für uns.»

Leonhard Reinisch

Ovomaltine

um mehr zu leisten



WANDER

Um im Alltag und Sport fit zu bleiben, ist eine ausgewogene Ernährung besonders wichtig. Ovomaltine ist die ideale Mischung von all dem was stärkt und verbrauchte Energie ersetzt. Darum ist Ovomaltine gut und gibt das Beste zu einem guten Tag.
